



UNIVERSITÄTS-  
BIBLIOTHEK  
PADERBORN

## **Das Zeitalter des Imperialismus 1884 - 1914**

**Friedjung, Heinrich**

**Berlin, 1919-**

XXXV. Die europäische Diplomatie während des ersten Balkankrieges

---

[urn:nbn:de:hbz:466:1-77071](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-77071)

XXXV

Die europäische Diplomatie während  
\* des ersten Balkankrieges \*

---

Das Programm des Wiener Kabinetts . . . . .	214
Italien. Erneuerung des Dreibundes (5. Dezember 1912)	218
Der Sandschak. Rumänien . . . . .	220
Wien und Belgrad. Die Serben an der Adria (Oktober und November 1912) . . . . .	222
Wien und Berlin . . . . .	227
Petersburg und London . . . . .	229
Einladung zur Londoner Konferenz . . . . .	232

Bis in die Grundfesten des europäischen Staatensystems waren die Schläge zu verspüren, unter denen die türkische Kriegsmacht zusammenbrach. Für die südöstliche Halbinsel Europas begann ein neues Zeitalter; auch sonst stiegen die Slawen zu der ihrer Volkszahl entsprechenden Macht auf. Damit verschob sich ebenso das Kräfteverhältnis unter den anderen Rassen des Weltteils, vor allem das der Germanen Mitteleuropas zu den Romanen. Da Osterreich-Ungarn stark mitbetroffen war, so galten die zwei deutschen Großmächte als besiegt. Die öffentliche Meinung in Rußland stand mit ihrer Teilnahme von vornherein auf Seite der Balkanslawen, während in den wirtschaftlich tätigen Kreisen Englands und Frankreichs vor dem Kriege der Unwille über die Ruhestörer überwog. Auch die französische Regierung stand unter dem Eindruck dieser Stimmung, weshalb sie zu Beginn des Krieges den von den Mächten angenommenen Vorschlag ersann, daß der Besitzstand auf der Balkanhalbinsel unverändert bleiben solle, wie immer das Waffenglück sich auch wende. Das änderte sich nach dem Ausgange des Kampfes gründlich; den Siegern flogen in Frankreich, Italien, England alle Herzen zu. Bei den Franzosen erwachten blendende Zukunftshoffnungen, denen der Führer der Royalisten, Graf de Mun, Ausdruck gab, indem er in einer Rede ausführte, die Wiedergewinnung des 1871 verlorenen Gebietes stehe in naher Aussicht. Dazu kamen Einzelheiten; da die Serben und Bulgaren mit Geschützen aus französischen und englischen Fabriken, die Türken dagegen mit Kruppkanonen ausgerüstet waren, rühmten sich die westlichen Völker der Überlegenheit ihrer Waffenindustrie. Wenn man die Stärke der zwei großen europäischen Heerlager bisher ungefähr gleich hoch schätzte, so war von jetzt an damit zu rechnen, daß

die 600 000 Soldaten der siegreichen Balkanstaaten dereinst sich dem Aufgebote der Randmächte anschließen und die Schlachten der Zukunft entscheiden würden. Unter diesem Eindrucke stand auch die deutsche Regierung, weshalb im November 1912 in Berlin Beratungen über eine Verstärkung der Landmacht stattfanden, die 1913 zu der großen Wehrevorlage führten. Brach denn nicht der große Tag der slawischen Rasse heran? Der Panlawismus war nicht ein bloßes Schreckgespenst, sondern schien eine wirkliche Größe, die sich in der Zahl von gegen die Mittelmächte neu aufzubietenden Kriegern ausdrückte.

\*

### Das Programm des Wiener Kabinetts

Keine einzige europäische Regierung hatte den militärischen Zusammenbruch der Türkei erwartet, für Österreich-Ungarn aber wie auch für Deutschland war er eine bittere Enttäuschung. Die Militärs in diesen Staaten hatten die Widerstandskraft der Türkei überschätzt, die Diplomaten auf dieser falschen Annahme ihre Politik aufgebaut. Der Donaumonarchie widerfuhr unter den Möglichkeiten das Schlimmste. Die Türkei, so hatte Metternich gesagt, sei eine Grenze wie das Meer; an ihrer Stelle erhoben sich jetzt vulkanische Herde. Es war ein Symbol der geänderten Zeitverhältnisse, daß der Gemeinderat von Belgrad am 28. Oktober 1912 die Niederreißung des einstigen Wohnhauses des Prinzen Eugen anordnete.

Das Wiener Kabinett nahm aber, wie den Ausbruch, so auch den Ausgang des Krieges als unabwendbare Schicksalsfügung hin. Der 82jährige Kaiser wollte einen Krieg vermeiden und war darin mit dem Minister des Außereren einig. Die Slawen der Monarchie hegten für ihre Stammesbrüder auf dem Balkan die wärmste Teilnahme und feierten deren Siege begeistert mit; sie würden offenen Widerspruch erhoben haben, wenn österreichische Waffen für die Türkei aufgeboten worden

wären. An der russischen Grenze stand ein durch die angebliche Probemobilisierung verstärktes Heer. Nicht daß der Zar den Krieg wünschte; aber er würde ihn erklärt haben, wenn die Mittelmächte für die Türkei Partei genommen hätten. So trat auch Graf Berchtold nach den ersten Siegen der Verbündeten dem Grundsatz bei: „Der Balkan den Balkanvölkern!“

Lange Zeit war es der Wunsch der österreichischen Patrioten gewesen, auf den Bahnen des großen Savoyers einherzuschreiten. Graf Andrassy war jedoch der letzte Staatsmann, der sich mit Plänen dieser Art trug und deshalb der Monarchie in der Berliner Kongressakte die Straße nach Saloniki sicherte. Seine Nachfolger aber erklärten, Osterreich-Ungarn sei gesättigt; selbst Uehrenthal, der tatkräftigste unter ihnen, gab das Schlagwort aus, das Reich müsse eine Politik der Sammlung befolgen, was zum Verzicht auf den Sandschak führte. Als die Griechen am 8. November 1912 in Saloniki einzogen und die serbischen Truppen die Adria erreichten, war der größtösterreichische Wunschtraum, an das Ägäische Meer zu gelangen, verslogen. Graf Berchtold war mehr zu ruhigem Beschauen als zum Handeln und Wagen geschaffen. Er hatte dem Kaiser selbst vorgestellt, er sei für die stürmischen Zeiten nicht der geeignete Mann. Als Minister stellte er den Einwendungen gegen seine Politik nicht selten die Bemerkung entgegen, er habe sich nicht zu seinem Amte gedrängt. Nie aber sollte einem Manne die Verantwortung für das Schwerste aufgelastet werden, dem Ehrgeiz und Selbstvertrauen fehlen. Denn nur bei diesen Eigenschaften stellt sich die äußerste Anspannung des Geistes und des Willens ein, die nicht entbehrt werden kann, mögen auch guter Wille und Ehrenhaftigkeit über jeden Zweifel erhaben sein.

Die Selbstentäußerung einer Großmacht wird von den anderen in der Regel mit Lob begrüßt. Die Bundesgenossen sind gewöhnlich damit einverstanden, daß ihnen keine Anstrengung zugemutet wird, die Gegner empfinden Schadenfreude und sind, da ihre Pläne nicht durchkreuzt werden, einer Sorge ledig. Durch die Zurückhaltung des Wiener Kabinetts wurde ein europäischer Krieg vermieden. Auch der russischen Regierung

kam dies gelegen, da noch zwei Aufgaben vor ihr standen: die Feststellung der Staatsgrenzen zwischen dem Schwarzen Meere und der Adria, sodann die Festigung des Balkanbundes als eines Hebels zu größeren Kraftleistungen.

Nur in Rumänien war man beunruhigt und enttäuscht. König Carol hatte geglaubt, mit einer Macht verbündet zu sein, die, selbst ausgreifend, auch seinem Staate eine Vergrößerung verschaffen werde. Er wenigstens hegte keine Lust, sich durch die anderen Balkanstaaten in den Schatten drängen zu lassen. Zudem bestand eine Verabredung zwischen Wien und Bukarest, daß Rumänien bei der zu erwartenden Aufteilung der Halbinsel das Recht hätte, sein Gebiet nach Südosten auszu dehnen. Im Hinblick darauf sagte der König am 13. Oktober 1912, fünf Tage vor Kriegsausbruch, zum österreichisch-ungarischen Gesandten, Prinzen von Fürstenberg, daß er zunächst ebensowenig eingreifen wolle wie die Großmächte; im Falle eines durchschlagenden Sieges des Balkanbundes jedoch werde er ein Stück der bulgarischen Dobrudscha besetzen und Rumänien einverleiben. Am 31. Oktober, nach Eintritt der Voraussetzung, wiederholte er seine Ankündigung mit großer Bestimmtheit. Da das Wiener Kabinett auf das Zusammengehen mit Rumänien großen Wert legte, erhielt der Gesandte den Auftrag, seine Unterstützung zuzusagen.

Albanien durfte gleichfalls nicht vernachlässigt werden. Kálnoky, Goluchowski und Uehrenthal hatten die Bildung eines selbständigen Albanien vorbereitet, Berchtold noch im Sommer 1912 in gleichem Sinne gewirkt. Mit Italien bestanden seit 1901 und 1909 Verträge über die zukünftige Autonomie Albanien. Wohl faßte das römische Kabinett die Gewinnung Valonas ins Auge, hielt aber mit seiner Absicht zurück; Österreich-Ungarn wieder wünschte ein freies und möglichst großes Albanien, da es nicht den Wunsch hegte, seinen zehn Nationalitäten eine elfte zuzugesellen. Wenn sich die zwei Kabinette auch gegenseitig mißtrauten, so waren sie doch in der Negation einig, denn keine mochte die Slawen an die Ostküste der Adria vordringen lassen. Der österreichische Einfluß in Albanien, so schmeichelten sich die Italiener, werde so schwer nicht zu beseitigen sein; dagegen würden die Serben, so sagte man sich

in Rom, wenn sie sich einmal in Durazzo festgesetzt hätten, kaum verdrängt werden können, da die ganze slawische Welt hinter ihnen stand. Zunächst also und für eine Übergangszeit entschied sich Italien gleichfalls für die Autonomie Albaniens. Bei dem Besuche des italienischen Ministers des Aeußeren, San Giuliano, in Berlin, Anfang November 1912, wurden diese Dinge besprochen, außerdem aber die Verlängerung des Dreibundes. Er lief noch länger als ein Jahr, indessen wurde ausgemacht, ihn jetzt schon zu erneuern. Das geschah durch den am 5. Dezember geschlossenen Vertrag, von welcher Tatsache die Öffentlichkeit auch in Kenntniß gesetzt wurde.

Der Übereinstimmung mit Italien sicher, stellte das Wiener Kabinett sein Balkanprogramm fest. Es ließ sich darüber am 30. Oktober in einer nach Berlin gerichteten Depesche und gleichzeitig in Rom vernehmen. Als Ziel Österreich-Ungarns wurde hingestellt:

„Die freie Entwicklung Albaniens. Ein Begehren Serbiens nach einer Gebietserweiterung bis an die Adria müsse a limine zurückgewiesen werden.

Die Befriedigung berechtigter Wünsche Rumäniens.

Sicherstellung wichtiger wirtschaftlicher Interessen Österreich-Ungarns am Balkan, insbesondere betreffs der Bahnverbindung mit dem Ägäischen Meere“<sup>1)</sup>.

Die deutsche wie die italienische Regierung sprachen ihre Zustimmung aus, sehr befriedigt darüber, daß das bescheidene Verlangen des Bundesgenossen sie der Mühe und Gefahr eines Zusammenstoßes mit dem Dreiverbände enthob.

Weniger hätte das Wiener Kabinett gewiß nicht verlangen können. Gebietsforderungen wurden nur zugunsten Rumäniens und Albaniens gestellt, nicht aber zu eigenem Vorteile; für sich selbst begnügte sich Österreich-Ungarn mit der Wahrung wirtschaftlicher Interessen, zu denen der

<sup>1)</sup> Österreichisch-ungarisches Rotbuch, S. 37. In der betreffenden Depesche Berchtolds an den Botschafter Grafen Szögyény in Berlin war hinzugefügt, „daß diese Darlegungen nicht den Charakter eines erschöpfenden Programmes besitzen, sondern nur die Grundzüge unseres Standpunktes enthalten, der den Ereignissen anzupassen sein wird.“ Ein politisch wie stilistisch gleich anfechtbarer Satz.

Bau eines Schienenweges von Bosnien zum Ägäischen Meere gehörte. Ebensovienig waren Regungen des Ehrgeizes in dem von Berchtold am 5. November den Delegationen gehaltenen Vortrage zu verspüren. Nur zu einem raffte sich das Wiener Kabinett auf. Ende Oktober trat Poincaré, um Rußland gefällig zu sein, an die Großmächte mit dem Vorschlage heran, sie möchten ihr Desinteressement an den Vorgängen auf der Balkanhalbinsel erklären, also aussprechen, daß sie selbst dort nichts anstrebten. Da aber Österreich-Ungarn durch die politische Neugestaltung des Balkans stark in Mitleidenschaft gezogen wurde, wäre es Selbstentmannung gewesen, zu versprechen, es werde alles ohne Einspruch geschehen lassen. Somit lehnte das Wiener Kabinett ab. Indessen bewies das von ihm am 30. Oktober verkündete Programm eine Enthalt- samkeit, die man nicht erwartet hatte. Die Zurückhaltung Österreich-Ungarns war allen Großmächten willkommen, da die Gegner sich über den Verzicht freuten, während Deutschland wieder froh war, daß die Bescheidenheit des Bundesgenossen einen europäischen Zusammenstoß hinausshob.

\*

### Italien. Erneuerung des Dreibundes (5. Dezember 1912)

Das Programm Österreich-Ungarns klang nur in dem einen Punkte bestimmt, indem es sich entschieden gegen das Vordringen der Serben an die Adria aussprach. Es schützte die Albanesen in dem Rechte auf Selbstbestimmung, so daß den Serben der von ihnen gewünschte Hafen an der Adria verweigert wurde. Die Kraftentfaltung der Donaumonarchie war nicht groß, aber auch sie erklärte sich nur daraus, daß das Wiener Kabinett in diesem Belange nicht allein stand, sondern der Zustimmung Italiens sicher war. Während es sonst immer befürchten mußte, von seinem angeblichen Bundesgenossen hinterrücks angefallen

zu werden, konnte es sich in Albanien auf die Italiener verlassen. Regierung und Volk der Apenninenhalbinsel waren darin einig, daß Serbien sich nicht an der Ostküste der Adria festsetzen dürfe, daß Albanien früher oder später gänzlich von Italien in Besitz genommen werden müsse; als Zwischenstufe zu diesem Hochziele wäre die Autonomie des Landes anzustreben. Abgesehen davon, waren sich die italienischen Politiker darüber klar, es sei für Italien besser, wenn man es an der Ostküste der Adria mit dem innerlich zerklüfteten Donauraiche zu tun habe, als wenn die aufstrebenden Südslawen daselbst geboten. Darüber sprach sich der italienische Minister des Außeren, San Giuliano, in dieser Zeit deutlich zu befreundeten Staatsmännern aus. Gegen das Erwachen des Ehrgeizes Osterreich-Ungarns war das römische Kabinett durch die mit ihm 1901 und 1909 über Albanien geschlossenen Verträge gedeckt, in denen die Autonomie Albaniens ausgemacht war. Als daher Ende Oktober 1912 der Slawensturm über die Balkanhalbinsel hinwegbrauste, hielt es das römische Kabinett für angezeigt, sich gegen die Gefahr enge mit den Mittelmächten zu verbinden. Dieser Gedanke beherrschte die italienische Politik bis zum Schlusse der Balkankriege 1913. Noch aus einem anderen Grunde entschloß sich Italien zu dieser Politik. Es war gegen Frankreich verstimmt, weil ihm dieses bei der Blockade Tripolitaniens Schwierigkeiten gemacht und den Schmuggel von Waffen an die Araber gedeckt hatte. Dazu kam die Anhäufung von französischen Kriegsschiffen im Mitteländischen Meere, die sich als Folge des französisch-englischen Marineabkommens ergab. Wollten die Westmächte Italien damit einschüchtern und es erinnern, daß es als Bundesgenosse Deutschlands bei der künftigen Teilung des türkischen Reiches ausgeschlossen werden würde? So schwang der Pendel der italienischen Politik zunächst zu den Mittelmächten hin.

Diese Schwenkung war während des Winters von 1912 auf 1913 ein wichtiges Element in den Weltereignissen und führte zu der vorzeitigen Erneuerung des Dreibundvertrages, der erst am 8. Juli 1914 ablief. Darüber war schon ein Jahr früher verhandelt worden; man

konnte sich aber nicht einigen, da Österreich-Ungarn nur auf die unveränderte Verlängerung des Dreibundes eingehen wollte. Das Berliner Kabinett vermittelte darauf eifrig, und als sich San Giuliano am 4. November in Berlin einfand, verständigte er sich mit Riederlen-Wächter über die zu wählende Fassung. In der Form wurde dem Verlangen Österreich-Ungarns entsprochen und der Dreibundvertrag von 1887 unverändert erneuert; doch ward ein Zusatzprotokoll vereinbart, das auf der einen Seite besagte, auch Tripolitaniens und die Kyrenaika seien in dem zu schützenden Besitzstande Italiens mitinbegriffen; andererseits ward darin festgestellt, daß die zwei Abkommen über Albanien von 1901 und 1909 nach wie vor bindend seien. Am 14. November gab das Wiener Kabinett seine Zustimmung und am 5. Dezember fand in Wien die Unterzeichnung des neuen Dreibundvertrages statt. Er trat nach Ablauf des bisherigen in Kraft (8. Juli 1914) und zwar für dieselbe Dauer wie der bisherige; er galt vorerst für sechs Jahre und dann wieder für denselben Zeitraum, wenn er nicht ein Jahr früher gekündigt wurde. Es blieb also alles beim alten — zur Festigkeit des Dreibundes fehlte nur eine Kleinigkeit und das war die Treue des italienischen Bundesgenossen<sup>1)</sup>.

\*

### Der Sandschak Rumänien

An dem Balkanprogramme Berchtolds fiel der Welt am meisten auf, daß darin nicht vom Sandschak von Nowibazar gesprochen wurde, daß die Donaumonarchie somit dieses bisher Serbien von Montenegro trennende Gebiet den beiden Staaten überließ. Nun hatte Österreich-Ungarn wohl 1908 in aller Form auf seine Besatzungsrechte im Sandschak verzichtet, aber nur zugunsten der Türkei. Im November 1912 rückten jedoch

<sup>1)</sup> Die Verhandlungen bei A. F. Pribram, „Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns 1879—1914“, Wien 1920, I, S. 294—298.

serbische und montenegrinische Truppen ein; indem sie sich die Hände reichten, war die habsburgische Monarchie von Albanien und weiter von Saloniki abgeschnitten; auch die von ihr angestrebte Bahnverbindung Bosniens nach dem Süden lag fortan im Machtbereiche Serbiens.

Die Selbstbescheidung des Wiener Kabinettes hatte ihren Grund in den Beziehungen zu Rußland und Italien. Der zu erwartende Einspruch des Bundesgenossen wäre noch mißlicher gewesen, als der des erklärten Nebenbuhlers. Italien besaß im Artikel VII des Dreibundvertrages eine kräftige Handhabe, da ihm darin das Recht auf eine Abfindung zugesprochen war, falls sich Österreich-Ungarn auf der Balkanhalbinsel ausdehnen würde. Es war vor auszusehen, daß das römische Kabinett als Entschädigung für den Sandschak ein Stück Albaniens, in erster Linie Valona, fordern würde. Österreich-Ungarn beargwohnte jedoch nichts mehr als das Fußfassen Italiens an der Ostküste der Adria. Schon deshalb verzichtete Berchtold lieber auf den Sandschak. Dann aber hatte er mit dem Einspruche Rußlands zu rechnen. Ob der Petersburger Hof aus der Frage einen Kriegsfall gemacht hätte, läßt sich bei unserer lückenhaften Kenntnis seiner Politik nicht mit Sicherheit sagen. Es steht nur fest, daß Sazonow bei seinem Besuche in Frankreich im Oktober 1912 zu politischen Persönlichkeiten gesagt hatte: „Wenn Österreich-Ungarn den Sandschak besetzt, so marschieren wir.“ Darauf mußte man sich in Wien gefaßt machen und stand somit unter dem doppelten, von Rußland und Italien geübten Drucke.

Die Selbstbescheidung Österreich-Ungarns war für alle Balkanvölker eine große Überraschung. Der König von Rumänien hatte darauf gerechnet, gemeinsam mit Österreich-Ungarn die Neuordnung der Balkanhalbinsel in die Hand zu nehmen und das von ihm im Oktober berufene Ministerium ging ganz auf diese Absicht ein. Es faßte die zwei Fraktionen der konservativen Partei in sich, Anhänger sowohl Peter Carps als Take Jonescu; der greise Carp selbst nahm jedoch ein Portefeuille nicht an. An der Spitze der Regierung stand Majorescu; Minister des Äußeren war Marghiloman; neben Jonescu wirkte der ihm nahestehende Filipescu. Carp, der zuverlässigste Freund der Zentralmächte auf dem

Balkan, war über die Schwäche der österreichisch-ungarischen Politik betroffen und gab dieser Empfindung unverhohlenen Ausdruck. Mitte Dezember berichtete ein Berliner Blatt über eine Unterredung mit ihm, in der er die Mitteilung machte, die Pforte habe das Wiener Kabinett zur Besetzung des Sandschak aufgefordert, er begreife nicht, warum es nicht darauf eingegangen sei. Er fand, daß, wenn sich Osterreich-Ungarn entschloesse, gemeinsam mit Rumänien tatkräftig zu handeln, der Erfolg nicht ausbleiben könnte. Indessen stand das Wiener Kabinett, während es für sich selbst nichts verlangte, loyal für den Anspruch Rumäniens ein. Das geht sowohl aus der österreichischen wie aus der rumänischen Dokumentensammlung über die Zeit der Balkankriege hervor. Nicht durch die Unzuverlässigkeit, sondern durch die Zaghaftigkeit der österreichisch-ungarischen Politik wurde die Abwendung Rumäniens von den Zentralmächten herbeigeführt. Denn nur der Starke fesselt die alten Freunde an sich und gewinnt neue.

\*

### Wien und Belgrad. Die Serben an der Adria (Oktober und November 1912)

Indessen konnte noch alles gutgemacht werden. Ein freiwilliger Verzicht ist nicht demütigend, von einer einmal gestellten Forderung dagegen weicht eine Großmacht nicht ohne Schaden zurück. Es gab Gründe genug, weshalb sich das Wiener Kabinett der Einmischung enthielt, unter denen die Rücksicht auf die südslawischen Völker des eigenen Reiches und der Nachbargebiete sehr beachtenswert war. In diesem Punkte hat der Verlauf der Dinge dem Grafen Berchtold recht gegeben. Dadurch, daß er, von Albanien abgesehen, die Balkanstaaten gewähren ließ, hielt er sich die Brücke nach Bulgarien frei.

Es war auch richtig, daß das Wiener Kabinett sich den großserbischen Plänen dort entgegenstemmte, wo es mit Italien zusammen-

wirkte. Es war nun einmal eine gegebene Tatsache, daß Serbien auf Bosnien so wenig verzichten wollte wie Frankreich auf Elsaß-Lothringen. Darüber kam man weder mit aufrichtigem Wohlwollen noch mit Sentimentalität hinweg. Die Sprache der Belgrader Blätter, auch der von der Regierung abhängigen, ließ keinen Zweifel zu. Gestattete Österreich-Ungarn, daß sich Serbien über Albanien bis an die Adria ausdehnte, so schuf es diesem Staate die Möglichkeit einer eigenen maritimen Politik und eine für die Monarchie bedenkliche Zukunftsmöglichkeit. Serbien dagegen behauptete, es bedürfe einen Ausgang zur Adria, um mit seiner Lebensmittelausfuhr von den Nachbarstaaten unabhängig zu sein; wie der menschliche Körper die Lungen zum Atmen, so benötige es zum mindesten einen Hafen und den dahin durch Albanien gehenden Ausgang. Nun hing aber Serbien durch den Sandschak mit dem befreundeten Montenegro zusammen und konnte die langentbehrte Bahn zur Adria durch diese Gebiete bauen. Nordalbanien war also zu jenem Zwecke allein nicht nötig. Das Großserbien der Zukunft rechnete aber mit weiten Räumen, und zu seinem Aufbaue gehörte auch die Unterwerfung der nordalbanesischen Stämme.

Es gab wohl in Wien einzelne Stimmen für die Gewährung dieses Wunsches Serbiens. Die so urteilten, waren der Ansicht, daß es durch ein viertel Jahrhundert, wahrscheinlich länger, zu tun haben würde, um jene Bergstämme zu unterwerfen oder auszurotten, und dieses Vergnügen sollte man dem unruhigen Volke gönnen. Indessen konnte sich Österreich-Ungarn doch nicht darauf einlassen, den Schutz seiner Interessen einem kleinen, absichtlich dem Untergange preisgegebenen Bergvolke anzuvertrauen. Ganz verkehrt war, was Kramar und Masaryk predigten, daß sich Österreich-Ungarn das serbische Volk dauernd verpflichten werde, wenn es seinen Herzenswunsch erfülle. Dankbarkeit spielt im Völkerleben keine Rolle, und aus demselben Motive hätte Österreich-Ungarn am Ende auch noch auf Bosnien verzichten können. Den tschechischen Parteiführern handelte es sich mit ihren Lehrmeinungen nicht um das Heil der Monarchie, sondern um die Förderung der nationalen Ideale des Serbentums.

Es war nun, nachdem Österreich-Ungarn seine Willensmeinung bekanntgegeben hatte, peinlich, wie sich Serbien achtlos darüber hinwegsetzte. Als serbische Truppen die vorwiegend von Albanesen bewohnte Stadt Prizrend besetzten, ließ die österreichisch-ungarische Regierung im „Fremden-Blatt“ halbamtlich die Erwartung aussprechen, die Serben würden hier haltmachen und nicht weiter nach Westen vordringen, wo das unbestrittene Gebiet eines anderen Volkes beginne. Diese Mahnung war in den Wind geredet. Die Serben setzten den Vormarsch fort und kümmerten sich auch nicht darum, daß der österreichisch-ungarische Gesandte in Belgrad, Ugron, dem Ministerpräsidenten Pašić in aller Form eröffnete, das Wiener Kabinett werde die Festsetzung der Serben an der Adria unter keinen Umständen gestatten. Pašić erwiderte ebenso bestimmt, Serbien könne auf einen Adriahafen nicht verzichten. Tatsächlich drangen zwei serbische Kolonnen quer durch Albanien und erreichten nach mühsamen, durch Entbehrungen und Kälte erschwerten Märschen am 10. November Alessio am Adriatischen Meere. Die serbische Presse, stolz auf diese Waffentat, überschüttete die habsburgische Monarchie wegen der Nutzlosigkeit ihres Einspruches mit Hohn.

Am 18. November brachte die „Bosnische Zeitung“ die Meldung ihres Wiener Korrespondenten, der österreichisch-ungarische Konsul in Prizrend, Prochaska, sei von serbischen Truppen mißhandelt worden. Es war angegeben, daß die Nachricht aus serbischer Quelle stamme; unmittelbar darauf wurde im Prager „Čas“, dem Organ Masaryks, eine ähnliche Meldung gleichen Ursprungs veröffentlicht. Wilde Gerüchte liefen um, Prochaska wäre verstümmelt oder ermordet worden; sie fanden Eingang auch in die österreichische Presse. Man konnte an sie glauben, weil die serbische Heeresleitung zunächst keine Depesche von und nach Prizrend durchließ; der von Wien zur Untersuchung abgesandte Beamte wurde mehrere Tage in Belgrad hingehalten und durfte erst am 26. November mit Prochaska in Aškub zusammentreffen; er fand ihn wohlbehalten, aber auch seine Drahtberichte langten nur unvollständig und durcheinandergeworfen in Wien an. So stieg die Aufregung in Österreich-Ungarn bis zur Fieberhitze, ohne daß

die serbische Regierung sich um die Aufhellung des Tatbestandes kümmerte.

Der Grund, warum das Belgrader Kabinett dieses Spiel trieb und sich in der Herausforderung der Nachbarmonarchie gefiel, lag auf der Hand. Es arbeitete mit allen Mitteln darauf hin, das gesamte Slawentum gegen die Donaumonarchie in Bewegung zu setzen. Die großserbischen Entwürfe waren nur zu verwirklichen, wenn nicht bloß der Balkanbund, sondern auch Rußland für sie eintrat. Der mit Bulgarien am 13. März 1912 geschlossene Vertrag fertigte Serbien mit einem allzu kleinen Stück Mazedonien ab und brachte nur dann größere Vorteile, wenn Serbien sich Nordalbaniens und Bosniens bemächtigen konnte. Vorwiegend aus diesem Grunde hatte das Belgrader Kabinett mit Bulgarien abgeschlossen. Von seinem Standpunkte aus handelte Serbien richtig. Es mußte den siegesfrohen Heeren des Balkanbundes die Richtung gegen Österreich-Ungarn geben, wenn es nicht zu kurz kommen wollte. Denn die bereits wegen Mazedoniens aufdämmernde Zwietracht war nur abzuwenden durch einen gemeinsamen großen Krieg gegen die Donaumonarchie. Die serbische Aktionspartei hoffte, das Wiener Kabinett werde sich durch die Gerüchte über das Schicksal seines Konsuls zu einer hitzigen Tat hinreißen lassen und so einen Zusammenstoß herbeiführen. Erst Ende November gelangte die österreichisch-ungarische Regierung in den Besitz der bestimmten Nachricht, serbische Soldaten hätten sich in Prizrend zwar Ungehörigkeiten gegen die Monarchie zuschulden kommen lassen, der Konsul aber sei nicht beleidigt worden. Das Wiener Kabinett unterließ aber die Bekanntmachung der Meldung und wartete noch den vollständigen Bericht des nach Prizrend gesandten Beamten ab. Da dieser erst am 17. Dezember veröffentlicht wurde, hielt das Ereignis die Öffentlichkeit bis dahin in Atem<sup>1)</sup>. So lange glaubte man Österreich-Ungarn herausgefordert und beleidigt, ohne daß es sich Genugtuung holte.

<sup>1)</sup> Vgl. Th. v. Sosnosky, „Die Balkanpolitik Österreich-Ungarns seit 1866“, Band II, S. 291. Das Ministerium des Auseren wurde mit Recht getadelt, daß es mit der Aufklärung länger zögerte als notwendig war. Man behauptete, der Grund sei gewesen, weil es für die

Es war die Furcht vor dem Zarenreiche, die dem Wiener Kabinette die Hände band. Von Petersburg kamen schlimme Nachrichten. Am 16. November erklärte sich Sasonow in einer Unterredung mit dem österreich-ungarischen Botschafter, Grafen Thurn, für die Überlassung eines Adriaahafens an Serbien. Grey und Poincaré sprachen sich in demselben Sinne aus, und so marschierte der ganze Dreiverband für Serbien auf, welches sein Spiel ungestraft fortsetzen konnte. Das Gefährliche dabei war die russische Probemobilisierung (Band III, Seite 188f.), die ins Werk gesetzt worden war. Die russischen Truppenbewegungen waren so umfangreich, daß der Personenverkehr auf der Warschau-Wiener Eisenbahnlinie gesperrt werden mußte. Ein bedenkliches Zeichen war auch, daß die mit dem Mobilisierungsgeschäfte betrauten Offiziere der westlichen Armeekorps nach Petersburg zur Beratung berufen wurden. Diese nach Wien gelangende Nachricht gab dem österreichischen Generalstabe den Anlaß zu der Erklärung, die Sicherheit der Monarchie sei bedroht. Der Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand regte darauf Rüstungen an, die vom Kriegsmminister Aussenberg beim Kaiser beantragt wurden. Am 21. November ward, wenn auch nicht in der Form, so doch in der Sache, die Mobilisierung der drei Armeekorps im Nordosten des Reiches angeordnet und die längst notwendige Vermehrung der Artillerie beschlossen<sup>1)</sup>. Ungefähr zur selben Zeit wurden die Truppenkörper im Süden durch Reservemannschaften verstärkt. Der bald darauf erfolgende

inzwischen verfügten Rüstungen Stimmung machen wollte. Daran wird etwas Wahres sein. Falsch aber ist es, daß die Nachricht von der Mißhandlung des Konsuls Prochasta von Wien aus in die Welt gesetzt wurde. Der Korrespondent der „Vossischen Zeitung“ hatte, was feststeht, die Meldung auf der serbischen Gesandtschaft erhalten. Die übermäßigen Angriffe auf das Ministerium des Äußeren hatten ihren eigentlichen Grund darin, daß unter dem Grafen Berchtold die Nachrichten, die früher einzelnen großen Wiener Blättern gegeben worden waren, gleichmäßig verschiedenen Zeitungen zutamen. Die in ihrem Monopol geschädigten Zeitungen benützten den Fall Prochasta, um sich zu rächen, und führten durch viele Monate den Kampf gegen den Leiter des Presbureaus, Hofrat Kanya. Andere Zeitungsorgane beteiligten sich aus Lust am Skandal an den Übertreibungen, die im Parlament Widerhall fanden. Das dauerte so lange, bis Kanya, der die Zustimmung des Ministers des Äußeren besaß, zum Gesandten in Mexiko vorrückte.

<sup>1)</sup> Vgl. Aussenberg-Romarów, „Aus Österreichs Höhe und Niedergang“, S. 212ff.

Rücktritt Aussenbergs hatte andere, persönliche Gründe und änderte nichts an der Sachlage. Dagegen war der Rückkehr des Generals Conrad v. Hötzendorf an die Spitze des Generalstabes (Ende November 1912) erhebliche politische Bedeutung beizumessen. Er war ein Jahr vorher aus dem Amte geschieden, weil er nicht imstande war, kräftige Maßnahmen gegen Italien durchzusetzen. Auch in der jetzigen Krise wirkte er für eine militärische Machtentfaltung.

\*

## W i e n u n d B e r l i n

Wenn trotzdem kein Losbruch erfolgte und eine Versumpfung eintrat, so lag dies an der Abneigung aller drei Kaiserhöfe, es auf Hauen und Schießen ankommen zu lassen. Die deutsche Regierung war verpflichtet, Österreich-Ungarn im Notfalle zu Hilfe zu kommen, hegte aber nicht Lust, sich Albaniens wegen in einen Krieg verwickeln zu lassen. Riederlen-Wächter dachte darüber ähnlich wie Bismarck, als dieser es ablehnte, die Kräfte Deutschlands für die Unabhängigkeit Bulgariens einzusetzen; nur zur Verteidigung des angegriffenen Österreich-Ungarns war der eine wie der andere Staatsmann bereit, dazu allerdings mit ganzer Kraft. Nicht bloß über Albanien dachte Riederlen anders als Berchtold, auch über die Lebensfähigkeit und Lebensnotwendigkeit der Türkei. Er glaubte nicht an die Dauer der Türkenherrschaft in Europa und sah auch voraus, daß die Pforte im Kampfe gegen den Balkanbund unterliegen werde. Darüber sprach er sich zum serbischen Geschäftsträger Boghitschewitsch unverhohlen aus, und dieser hatte den Eindruck, der Staatssekretär meine es mit den Glückwünschen zu den Siegen der Serben aufrichtig<sup>1)</sup>. Riederlens Mißbergnügen über Rußlands Anzu-

<sup>1)</sup> M. Boghitschewitsch, „Kriegsursachen“, Zürich 1919, S. 43ff. Auch zu dem serbischen Diplomaten Nenadović, einem Vetter König Peters, äußerte sich Riederlen damals in einem serbenfreundlichen Sinne. Am 5. November sagte Riederlen zu Boghitschewitsch, S. 56: „Die Dreibundmächte sind sich darüber klar, daß es mit der Türkei zu Ende gehe,

verlässigkeit, das sich über die Potsdamer Verabredung hinwegsetzte, war zwar groß, aber er nahm die Dinge, wie sie lagen, und ließ deshalb den Draht nach Petersburg nicht abreißen. Aus all dem ergab sich das vom Berliner Kabinett eingeschlagene Verfahren; es drückte auf Österreich-Ungarn, um dieses vom Losbrechen abzuhalten; aber es gab in Wien seine durch nichts zu erschütternde Bundesstreue kund, falls die Donaumonarchie angegriffen werden sollte.

Dieselbe Linie hielt Kaiser Wilhelm ein. In seinen Unterredungen mit dem Botschafter Grafen Szögyény und anderen Angehörigen des Habsburgerreiches kam er wiederholt darauf zu sprechen, daß Österreich-Ungarn 1909 die Gelegenheit versäumt habe, Serbien mit einem wuchtigen Schläge niederzustrecken; damals sei Rußland noch nicht gerüstet gewesen, während es jetzt mit imponierender Kraft hinter Serbien stehe. Österreich-Ungarn könne sich auf ihn verlassen, aber man dürfe ihm nicht zumuten, daß er um eines albanischen Hafens willen die Jugend der deutschen Nation in Kampf und Tod schicke. Auch diesmal, wie 1906 und 1911, wollte der Kaiser seinem Volke den Krieg ersparen.

Dies war auch die Ansicht, die der Kaiser dem Erzherzoge Franz Ferdinand gegenüber aussprach, als sich dieser am 22. November in Springe bei Hannover zur Hofjagd einfand. Der Thronfolger wollte ihm die Notwendigkeit kräftigen Vorgehens gegen Serbien beweisen, was der Kaiser nicht bestritt; er wünschte aber dabei das Unterlassen jedes Schrittes, der den Bruch mit Rußland zur Folge haben konnte. Es ist gewiß unrichtig, daß er, wie erzählt wird, zum Erzherzoge gesagt hätte: „Mir scheint, du willst mit meinem Säbel rasseln!“; jedenfalls aber trugen seine Worte dazu bei, den ohnehin matten Flug der österreichischen Politik zu lähmen. Damit aber die Feinde Österreich-Ungarns nicht im Zweifel seien, wie sich Deutschland zu der großen Frage des Tages

und sie beabsichtigen, den Erfolg der Balkanstaaten in keiner Weise zu beeinträchtigen. Aber sowohl Österreich-Ungarn als auch Italien und Deutschland würden eine Bedrohung ihrer Interessen durch Rußland sehen, wenn Serbien an das Adriatische Meer gelange. Abgesehen von der Adria sehen sie der Ausbreitung Serbiens nach keiner Richtung ein Hindernis in den Weg.“ Ribentrop wies gleichzeitig auf eine Ausbreitung gegen das Ägäische Meer und Saloniki hin, was offenbar nicht ernst gemeint war.

stelle, erklärte Bethmann Hollweg am 2. Dezember 1912 im Reichstage, die Bundesgenossen Deutschlands hätten ihre Ansprüche zunächst selbst zur Geltung zu bringen, womit immer wieder Albanien gemeint war; sollten sie aber angegriffen werden, dann, so fügte er hinzu, „würden wir zur Wahrung unserer eigenen Stellung in Europa, zur Verteidigung unserer eigenen Zukunft und Sicherheit fechten.“<sup>1)</sup> Damit sollte gesagt sein, daß Deutschland sich von Österreich-Ungarn nicht ins Schlepptau nehmen lasse, es aber gegen jedermann decken werde.

Die Nachrichten aus Berlin und Springe machten den Grafen Berchtold noch bedenkllicher und vorsichtiger, so daß das stürmische Drängen des Chefs des Generalstabes, Conrad, auf ihn keine Wirkung hatte, so wenig wie seinerzeit auf Lehrenthal.

Wäre es nach Conrad gegangen, so hätte Kaiser Franz Josef marschieren und vor allem den Sandschat von Nowibazar besetzen lassen. Dadurch wären die Serben zur Räumung Albaniens genötigt gewesen. Da aber der zweiundachtzigjährige Kaiser die Sache nicht über sich brechen wollte, unterblieb jene Maßregel, und die Serben räumten Albanien nicht, dessen nördlichen Küstenstrich sie allen diplomatischen Wechselfällen zum Troste bis zum Mai des nächsten Jahres vergnügt besetzt hielten. Ihnen gegenüber standen in Dalmatien und Bosnien die verstärkten Bataillone der österreichisch-ungarischen Truppenkörper, die sich unmutig fragten, weshalb sie durch ein halbes Jahr zwecklos bei den Fahnen gehalten wurden.

\*

## Petersburg und London

Ähnlich wie in Wien ging es am Petersburger Hofe zu, nur daß hier die vor einem Kriege nicht zurückschreckenden Elemente mit größerer

<sup>1)</sup> Oliver, l. c. S. 275, schreibt über die Haltung Deutschlands: „It is certain that Germany desired peace; many wellinformed people indeed believed that at this time she desired peace more ardently than any other state.“

Wucht auf den Plan traten. Hinter den Großfürsten Nikolaus und Peter Nikolajewitsch und ihren montenegrinischen Gemahlinnen stand ein erheblicher Teil des Bürgertums, der sich von panslawistischen, besser gesagt nationalrussischen Empfindungen leiten ließ. Die eigentlichen Panslawisten waren noch immer der Zahl nach schwach, aber die Öffentlichkeit berauschte sich an den unerwartet glänzenden Siegen der slawischen Brüder auf dem Balkan, nicht bloß aus Rassenstolz, sondern noch mehr, weil Rußlands Ansehen dadurch wuchs. Auch der Zar und seine Ratgeber wurden von dieser Gefühlswelle berührt, ohne sich jedoch von ihr fortreißen zu lassen. Nikolaus II. war friedliebend, sein Ministerpräsident Rokowzew nicht minder, der Minister des Äußeren aber eine so schwache Persönlichkeit, daß er sich nur hielt, wenn er sich den Wünschen des Zaren anbequemte. Für gewöhnlich ein Spielball der Parteien, war Sasonow damals weniger geneigt als je, sich in Abenteuer verstricken zu lassen. Es war zwar recht schön, daß die Südslawen die Osmanen niederrangen, andererseits aber auch un bequem, daß die Bulgaren in ihrem Ehrgeize die Hand nach Konstantinopel ausstreckten. Rußland mußte, das war eine andere Gedankenreihe, Wert auf die Erhaltung eines unabhängigen und möglichst starken Serbiens legen, um es nötigenfalls zum Flankenstoße gegen Österreich-Ungarn zu benutzen; aber an dem Schicksal Albaniens nahm Rußland nur geringen Anteil.

Aus all dem und dem Fingerziehen der Parteien am Hofe ergab sich ein gewisses Schwanken der russischen Politik, das den Mittelmächten beschwerlicher fiel, als wenn die Regierung des Zaren anspruchsvoller, aber dabei klarer über ihre Ziele gewesen wäre. Man mußte damit rechnen, daß der Zar sich am Ende doch überrumpeln lassen und seinen im Westen angehäuften Truppen den Marschbefehl geben werde.

In der zweiten Hälfte des November lichtete sich der Horizont ein wenig. Die Friedensstimmung überwog, so daß die russische Regierung Serbien von ihrer Absicht verständigte, die Bildung eines selbständigen Albaniens zuzulassen. Serbien solle sich ins Unvermeidliche fügen und die Erfüllung seines Wunsches einer nahen besseren Zeit anheim-

geben<sup>1)</sup>. Vergeblich waren die Bitten des serbischen Gesandten in Petersburg, vergeblich die Berufung auf den mit Rußlands Genehmigung geschlossenen Vertrag vom 13. März 1912 (Schließung des Balkanbundes), in welchem Nordalbanien den Serben zugesprochen worden war, vergeblich auch das Toben der panslawistischen Vereine und der „Nowoje Wremja“, die von einer diplomatischen Niederlage Rußlands sprachen und Sasonow dafür verantwortlich machten. Serben und Griechen, welche letztere gern Südalbanien an sich gerissen hätten, machten wieder die Erfahrung, wie wenig sie eigentlich im Spiele der Großmächte bedeuteten. Den Serben nützte die Schutzherrschaft des Zaren in diesem Falle nicht viel, ebensowenig den Hellenen die geräuschvollen, in Frankreich für sie stattfindenden Kundgebungen. Ende November wurde auch das Wiener Kabinett in Kenntnis gesetzt, daß die Bildung eines selbständigen Albanien zugestanden werden könne. Das war ein Schritt des Entgegenkommens an den Standpunkt Österreich-Ungarns, aber ein ganz kleiner. Denn damit war noch nichts über die Grenzen des zu bildenden albanischen Staates gesagt, nicht einmal, ob er nicht doch ein Stück der Meeresküste — es war an Durazzo gedacht — verlieren werde. Das war die den Serben noch winkende Hoffnung.

Neben dem Willen Rußlands zählte Frankreich in den Balkandingen nicht viel; aber nicht bloß das Pariser, auch das Londoner Kabinett war mit der vorläufigen Entscheidung in bezug auf Albanien einverstanden. Während der Zar dabei Rücksicht auf das von Deutschland unterstützte Österreich-Ungarn nahm, war für Grey entscheidend, daß sich Italien für die Albanesen einsetzte. Es war sein stetes Bemühen, das römische Kabinett vom Dreibunde loszulösen; jetzt aber gesellte es sich aus Abneigung gegen das Vordringen der Südslawen gegen die Adria bestimmter als je zu den Mittelmächten. Noch lebhafter lehrten sich die Italiener gegen die Griechen, die sich in Südalbanien ausbreiteten, die Insel Saseno bei Valona besetzten und Anspruch auf den einzigen Hafen Albanien's erhoben. Es geschah unter Gutheißen

<sup>1)</sup> M. Boghitschewitsch, „Kriegsursachen“, Zürich 1919, S. 128.

Italiens und Österreich-Ungarns, daß am 28. November zu Valona eine Versammlung der angesehensten Männer Albaniens zusammentrat und die Unabhängigkeit des Landes verkündete. Brach jetzt ein europäischer Krieg aus, so stand Italien an der Seite Deutschlands und Österreich-Ungarns. Damit waren die jahrelangen Anstrengungen der französischen und der englischen Diplomatie gescheitert. Die Regierungen des Dreibundes gaben im Dezember der Öffentlichkeit Kenntnis, daß sie den erneuerten Vertrag unterzeichnet hatten. Italien blieb allerdings mit England in gutem Einvernehmen und sein Botschafter in London, Imperiali, bestürmte den Staatssekretär, er solle das römische Kabinett nicht von sich stoßen. Grey hütete sich vor dem Fehler, die Fäden mit Rom zu zerschneiden, denn Italien war bei einer etwaigen Entscheidung durch die Waffen ein nicht gering zu schätzender Faktor.

Zudem sagte sich Grey, daß er bei der Annexion Bosniens und während der Marokkokrise einen Fehler gemacht hatte, als er den Russen und den Franzosen voran gegen die zwei Mittelmächte angerannt war. Damals lud er den Vorwurf des Friedensstörers auf sich und geriet mit den englischen Radikalen in ärgerliche Händel. Auch deshalb hielt er sich bei den Verhandlungen über Albanien in der zweiten Reihe und ließ Rußland den Vortritt. Er war jetzt ganz Frieden, ganz Veröhnung und sagte jedem Diplomaten, der es hören wollte, England denke nicht daran, aus irgendeiner der Balkanfragen einen Kriegsfall zu machen; er gebe in Petersburg mäßigende Ratschläge und bemerke zu seiner Zufriedenheit, daß Deutschland in Wien in gleicher Richtung wirke.

\*

### Einladung zur Londoner Konferenz

Als nun Bulgarien und Serbien am 3. Dezember mit der Pforte Waffenstillstand schlossen und der Balkanbund mit ihr vereinbarte, der Kongreß zur endgültigen Herstellung des Friedens habe in London zusammenzutreten, machte Grey den Großmächten den Vorschlag, durch

ihre Vermittlung auch den österreichisch-russischen Zwist beizulegen. Eine gleichfalls nach London einzuberufende Botschafterkonferenz wäre mit dieser Aufgabe zu betrauen. Anfangs trug das Wiener Kabinett Bedenken, darauf einzugehen. Es hatte am 30. Oktober das Mindestmaß seiner Forderungen genannt und war nicht in der Lage, von ihnen abzugehen; sein Wort, sein Ansehen waren zum Pfande gesetzt, so daß es sich nichts abringen lassen mochte. Da aber Deutschland und Italien für die Beschickung der Botschafterkonferenz waren und das Wiener Kabinett nicht den Vorwurf des Starrsinns auf sich laden wollte, gab es am 5. Dezember seine Einwilligung, machte aber einen wichtigen Vorbehalt. Es wiederholte nicht bloß seinen Einspruch gegen die Festsetzung Serbiens an der Adria, sondern kündigte auch an, der österreichisch-ungarische Bevollmächtigte auf der Konferenz werde sich nicht einmal auf eine Erörterung dieser Angelegenheit einlassen.

Soweit wäre Europa auf dem Wege der Gesundung gewesen, für die sich noch ein weiteres Zeichen einstellte. Das Belgrader Kabinett wollte dem Zaren eine Probe seines Vertrauens und seiner Unterwürfigkeit geben und erklärte, daß es sich in der albanischen Frage der Entscheidung der Londoner Botschafterkonferenz fügen werde. Das Schlimme war nur, daß Rußland und Österreich-Ungarn auch weiterhin unter Waffen blieben. Die wilde Mobilmachung zuerst dort, dann hier, trug unheilvolle Früchte. Vom österreichischen Standpunkte aus war eine rasche Entscheidung in der albanischen Frage wünschenswert, um nicht länger von Serbien verhöhnt zu werden, sodann um die eingezogenen Mannschaften wieder zu entlassen und die kostspielige Rüstung ablegen zu können. Das wurde durch die Botschafterkonferenz hinausgeschoben. Serbien kümmerte sich so wenig um Österreich-Ungarns diplomatische Noten, wie um dessen an der Grenze aufmarschierte Bataillone. Die Truppen Rußlands waren zahlreicher; vielleicht würde der Zar doch noch den Entschluß fassen, sich für den kleinen slawischen Bruder einzusetzen. Die albanische Wunde blieb offen und ist auch durch die Botschafterkonferenz nicht geheilt worden, sie schwärte bis zum Weltkriege und darüber hinaus.

